Der Nationalsozialismus und wir

Von Heinz Hürten

Der Nationalsozialismus ist für uns Deutsche noch nicht zur Vergangenheit geworden. Seine Wirkungen sind in unserer politischen Alltagswelt mit Händen zu greifen: Es genügt an die Teilung Deutschlands zu erinnern, an die Besonderheiten unseres Verhältnisses zum Staat Israel, an all die Folgen des Zweiten Weltkriegs. Unsere politische Umwelt, das Koordinatensystem unseres staatlichen Handelns sind ohne die vorherige Existenz des Nationalsozialismus unverständlich. Er ist ein wesentlicher Teil der Vorgeschichte unserer Gegenwart.

Dies ist jedoch nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit. Denn menschliche als historische Existenz schließt immer und notwendig die Vergangenheit in den aktuellen Daseinsvollzug ein, und jedem, der auch nur ein wenig historisch zu denken vermag, wird immer wieder deutlich, wie in längst vergangenen Epochen gefallene Entscheidungen unser Leben immer noch mitgestalten.

Aber wir setzen uns mit dem Nationalsozialismus in anderer Weise auseinander, als wir es mit Napoleon, dem Dreißigjährigen Krieg, der Reformation oder der Italienpolitik der deutschen Kaiser tun. Bei der Erörterung des Nationalsozialismus sind wir selbst Betroffene, obwohl die große Mehrheit der heute lebenden deutschen Bevölkerung nach dem Jahre 1933 geboren ist und die jüngsten Wähler der entscheidungsschweren Märzwahl heute siebzig Jahre alt sind. Der Nationalsozialismus ist kein Problem der Senioren, sondern aller Generationen in unserem Land.

Ein Symptom dieses Betroffenseins ist das unveränderte Interesse, das allen Darstellungen und Untersuchungen über diese Zeit entgegengebracht wird. Die Fernseh-Serie »Holocaust« war ein Ereignis von öffentlichem Rang. Der Wille, sich zu informieren, ist ebenso groß wie die Möglichkeiten dazu.

Aber die Vermehrung unserer Kenntnisse und ihre vielfach unterstützte Verbreitung in die Öffentlichkeit scheint wenigstens in diesem Punkte weitgehend wirkungslos. Informationen bauen die Betroffenheit offensichtlich nicht ab.

Wir haben also den Nationalsozialismus noch nicht »bewältigt«, noch nicht den festen Standpunkt des Urteils gefunden und die innere Freiheit, auch diese Epoche als Bestandteil unserer eigenen Geschichte und nicht als derjenigen der Großväter oder anderer von uns für schuldig Gehaltener zu betrachten.

Diese Unsicherheit im Verhältnis zum Nationalsozialismus liegt nicht in der moralischen Ablehnung. Kein Ernstzunehmender hat je gewagt, die beispiellosen Untaten dieses Systems zu rechtfertigen.

Unsere Unsicherheit dem Nationalsozialismus gegenüber fällt in drei Bereichen besonders auf:

1. Unsere Sprache zeigt Unsicherheit. Eine Reihe von Vokabeln ist aus ihr verbannt, die nicht einmal originär nationalsozialistisch sind. »Volksgemeinschaft«, »Weltanschauung«, »Blut« (im übertragenen, nicht mehr physiologischen Sinne) sind hier als Beispiele zu nennen. Die Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie schließt auch einige der von ihr bevorzugten Worte mit ein. Dies bedeutet mehr als den Verzicht auf eine bestimmte Terminologie, die durch den NS-Gebrauch disqualifiziert wurde. Das

Verschwinden dieser Begriffe bedeutet zugleich das Verschwinden der von ihnen gemeinten Sachen aus unserer Gedankenwelt.

So könnte man zu dem Eindruck kommen, unsere Ablehnung des Nationalsozialismus sei so entschieden und so radikal, daß sie alles, was sich von den Nationalsozialisten habe verwenden und gebrauchen lassen, ein für allemal aus unserem Sprechen und Denken ausschließe.

Aber wir sind keineswegs immer so konsequent.

Wir sprechen – allen Abmachungen der Historiker zum Trotz – vom »Tag der Machtergreifung«, nicht ahnend, daß wir damit die nationalsozialistische Terminologie übernehmen und der historischen Wirklichkeit Gewalt antun. Der 30. Januar 1933 war der Tag, an dem Hitler zum Reichskanzler unter den Bedingungen berufen wurde, wie sie in der Realverfassung der Republik gesetzt waren. An diesem Tag begann die nationalsozialistische Machtergreifung; sie wurde möglich, aber nicht abgeschlossen durch die Ereignisse an diesem gleichwohl denkwürdigen Datum. Die Herrschaft des Nationalsozialismus auf den 30. Januar zurückzuführen, bedeutet die historische Verantwortung für diese Herrschaft ausschließlich denen zur Last zu legen, die Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bewirkt haben, und abzusehen vom Verhalten jener, die in der Folgezeit die Gleichschaltung von Parlamenten, Parteien, Kommunen, Verbänden, Vereinen, Universitäten, Schulen und kirchlichen Gemeinschaften erzwungen oder ermöglicht haben. Es bedeutet, die Herrschaft Hitlers zu legalisieren und von dem abzusehen, was in der tatsächlichen Machtergreifung Rechtsbruch, Gewalt, Staatsstreich, wenn nicht Revolution war.

Wir sprechen vom »Dritten Reich«. Das ist praktisch und bequem. Jeder weiß, was damit gemeint ist. Aber wir umgehen die »Anstrengung des Begriffs«, dieser Epoche eine Bezeichnung zu geben, die ihrem Wesen, dem tatsächlichen Geschehen gemäß wäre – und wir übernehmen wiederum die NS-Terminologie. Die Formel vom »Dritten Reich« stammt aus dem politischen Feuilleton der Weimarer Zeit. Moeller van den Bruck, der einem Buch diesen Titel gab, war kein Nationalsozialist. Aber indem die Nationalsozialisten für den von ihnen beherrschten Staat diesen Namen verwendeten, behaupteten sie, daß sie Deutschland eine Gestalt gegeben hätten, die es dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und dem Deutschen Reich Bismarcks an die Seite stelle – wenn es nicht gar, was das Adjektiv »Drittes« andeuten könnte, beide übertreffe. Wir, die wir arg- und ahnungslos vom »Dritten Reich« der Nationalsozialisten sprechen, machen uns diese Deutung implizit zu eigen.

Wir sprechen von »Reichskristallnacht«. Diese Vokabel entstammt nicht dem Wörterbuch der Nationalsozialisten, sondern dem Volkswitz, dem das hohle Pathos des nationalsozialistischen Regimes manchen Anlaß zu Persiflagen bot. Der Humor, der in solchen Persiflagen steckt, ist ein Mittel des Unterdrückten, seine Lage erträglicher zu machen. Der Witz, der die Schwäche des Herrschenden bloßlegt, erzeugt das (falsche) Bewußtsein der Überlegenheit. Er ist eine Hilfe, das Schreckliche zu überstehen, indem er es verharmlost. Das größte Judenpogrom, das die deutsche Geschichte seit Menschengedenken kannte, wurde durch das Wort »Reichskristallnacht« auf eine Ebene gerückt mit den vielen theatralischen, aber inhaltslosen Zeremonien, in denen die Nationalsozialisten sich immer wieder feierten. So verlor das Schreckliche seinen Schrecken – die Gemüter wurden stumpf. Es wäre pharisäisch, denen einen Vorwurf zu machen, die sich damals solcher intellektueller Überlebenstechniken bedienten. Aber

502 Kritik und Bericht

heute ist es weder wissenschaftlich noch moralisch angängig, der exakten Bezeichnung des Geschehens auszuweichen.

Wir sprechen von "Widerstand". Auch dieses Wort stammt nicht aus dem Nationalsozialismus. Zu seiner Zeit durfte es weder das Wort noch die Sache geben. Soweit ich
sehe, ist von denen, die zum "Widerstand" zu rechnen wären, das Wort kaum gebraucht
worden. Man war "dagegen", ein "Antinazi", aber "im Widerstand" war man nach
damaligem Sprachgebrauch nicht. Abgesehen von der Vorformung, die dieser Begriff in
dem schillernden Kreis um den Nationalbolschewisten Ernst Nickisch gefunden hat, ist
er wohl in seiner jetzigen Bedeutung eine Eindeutschung des französischen Resistance
oder des italienischen resistenza. Aber während es in Frankreich und Italien tatsächlich
weitgespannte und zentralgelenkte Widerstandsorganisationen gegeben hat, bestand in
Deutschland keine einheitlich organisierte Widerstandsbewegung. Den Hitler widerstehenden Deutschen war anderes aufgegeben, als den Kampf einer im Felde geschlagenen
Armee mit den Waffen des Partisanen weiterzufechten. So gab es bei ihnen sehr
vielfältige Formen des Widerstehens gegen den Nationalsozialismus, die von der
schlichten, keineswegs gefahrlosen Verweigerung des erwünschten "Mitmachens" bis
zum Attentatsversuch reichten, aber keine geschlossene Widerstandsbewegung.

Die undifferenzierte Anwendung des Terminus »Widerstand« auf die Gegner des Nationalsozialismus in Deutschland verwischt die Eigenart des von ihnen Geleisteten und verbreitet zugleich einen Schimmer jenes Pathos darüber, das aus der Literatur der französischen Resistance stammt, aber in Deutschland keinen Boden hat. Wir belegen die ablehnende Haltung, die viele, wenn auch allzu wenige Deutsche, dem NS gegenüber einnahmen, mit einem Begriff, der auf andere, ausländische Gegebenheiten paßt. Es ist uns noch nicht gelungen, dieses Phänomen »auf den Begriff« zu bringen. Wir haben es noch nicht verstanden und es uns darum innerlich noch nicht zu eigen gemacht.

- 2. Unsicherheit dem Nationalsozialismus gegenüber zeigt sich nicht nur in der Sprache, sie zeigt sich auch in der kategorialen Interpretation des Nationalsozialismus als Faschismus oder Totalitarismus. Der Streit darum macht die profunde Unsicherheit deutlich, in der wir uns politisch und nicht allein theoretisch gegenüber dem Nationalsozialismus befinden. Denn beide Deutungskategorien sind politischer Natur; je nachdem, welche wir für begründet halten, beurteilen wir die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Renaissance und die Wege, ihr entgegenzutreten, in unterschiedlicher Weise. Wer den Nationalsozialismus im Sinne der Faschismustheorie als Konsequenz des gesellschaftlichen Systems zu begreifen meint, wird die Gefahr nicht für ausgeschlossen halten, daß er wiederkehrt, solange dieses Gesellschaftssystem besteht, wer aber den Nationalsozialismus im Sinne der Totalitarismustheorie begreift, wird diese Gefahr anders begründet sehen und ihr in anderer Weise zu wehren versuchen.
- 3. Unsicherheit dem Nationalsozialismus gegenüber zeigt sich schließlich auch in unserem moralischen Urteil. Für alte Nazis gibt es dem Augenschein nach keine politische Absolution, die wir doch altgedienten Kommunisten aus Stalins Zeiten nicht vorenthalten. Der Vorwurf, im nationalsozialistischen Deutschland pflichtgemäß gehandelt zu haben, kann heute noch einen Politiker Amt und Nachruhm kosten, wenn er sich nicht geschickt genug anstellt.

Aber dieser moralische Rigorismus ist wenig überzeugend. Denn die Zugehörigkeit zur NSDAP ist für manche Karrieren gar nicht hinderlich gewesen, und man konnte sogar erleben, daß eine unserer großen Parteien ihren Anspruch auf die politische Führung mit ihrer bewährten Ablehnung des Nationalsozialismus begründete und gleichzeitig durch einen früheren HJ-Führer in einem der höchsten Ämter unseres Staates vertreten war. So eignet sich die moralisch unerbittliche Ablehnung des Nationalsozialismus trefflich als Instrument des politischen Kampfes, wenn sich die Chance ergibt, die eigene Partei als unanfechtbar, die anderen aber als Helfershelfer des Nationalsozialismus hinzustellen. Die Rigidität des moralischen Urteils täuscht somit über seine innere Solidität und Berechtigung. Das Pathos der Ablehnung birgt zugleich die Gefahr, die Realität zu verfehlen und damit die Zweideutigkeiten zu vermehren. Verurteilungen in Bausch und Bogen werden Menschen und Dingen nicht gerecht, den Menschen nicht, weil sie die Problematik des Verstricktseins - auch des Verstricktseins als Voraussetzung für Hilfe und Gegenwehr - verkennen; und den Dingen nicht, weil es das absolut Böse auf dieser Welt nicht gibt. Bei all dem unermeßlich Schlimmen, was er über die Menschen gebracht hat, war auch der NS-Staat nicht der totale Unrechtsstaat im strengen Sinne des Wortes. Denn auch hier gab es noch Relikte von Rechtsordnung. Dies bedeutet keine Entlastung für die Nationalsozialisten. Es ist nicht ihr Verdienst, daß es ihnen nicht gelungen ist, Deutschland bis in die Wurzeln hinein zu verderben. Wäre es so gewesen, könnte aus dieser Zeit kein Gerichtsurteil und keine Rechtsvorschrift, aber auch kein Kaufvertrag, keine standesamtliche Eheschließung, kein Examen und kein Anspruch an die Sozialversicherung mehr rechtlichen Bestand haben. Die totale Verwerfung dieser Zeit ist eine Flucht aus der Geschichte und aus der Wirklichkeit, sie leugnet zugleich die Solidarhaftung der Deutschen für diese Epoche und verleitet zum moralischen Triumphalismus auf Kosten Dritter. Der Nationalsozialismus ist somit immer noch ein moralisches Problem

GLOSSEN

POLENS KIRCHE 1983. – DAS GANZE Land Polen umfaßt eine Fläche von 312000 qkm und hat heute über 36 Millionen Einwohner. Davon sind ungefähr 90 Prozent Katholiken, 120000 evangelische und gut 500000 orthodoxe Christen. Das Land ist aufgeteilt in 27 Diözesen mit über 7000 Pfarrgemeinden. Die Seelsorge wird getragen von 75 Bischöfen, 15000 Diözesanpriestern und 4800 Ordensgeistlichen.

Gerade in den letzten Jahren ist die Zahl der Seminaristen stark angewachsen: Von 1979 bis 1982 ist sie um 2000 auf 7225 angestiegen. Die Geistlichen werden ausgebildet in über 50 Priesterseminaren. 1982 wurden im ganzen Land 775 Neupriester geweiht. Fünf Jahre zuvor waren es dagegen 590. Von den genannten 775 Neupriestern sind 551 Weltpriester, 204 Ordensgeistliche. In Polen gibt es neben vier päpstlichen Fakultäten drei konfessionelle,

staatlich anerkannte Hochschulen, die »Christliche Akademie Warschau«, die »Katholische Akademie Warschau« und die »Katholische Universität Lublin«. Die Katholische Universität Lublin wird nicht vom Staat, sondern allein von den Gläubigen finanziert. Eine bedeutende Hilfe erfährt sie ferner durch den »Freundeskreis der Katholischen Universität Lublin«, dem insgesamt 290000 Mitglieder aus vielen Ländern angehören.

Die Katholische Universität hat fünf Fakultäten:

- die theologische Fakultät,
- die kirchenrechtliche Fakultät,
- die Fakultät für christliche Philosophie.
- die Fakultät der Geisteswissenschaften und die Fakultät der Sozialwissenschaften.

Im vergangenen Jahr wurden fast 3000 Studenten von 306 akademischen Lehrern, darunter 100 Professoren, 178 wissenschaftlichen Assi-